

#CohesionAlliance

FÜR EINE STARKE EU-KOHÄSIONSPOLITIK



Gemeinsamer Aufruf

Eine erneuerte Kohäsionspolitik nach 2027, bei der niemand zurückgelassen wird

Wir, gewählte Vertreterinnen und Vertreter von Regionen und Städten aus ganz Europa, fordern die EU-Institutionen und die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, die Stärkung des sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts in den Mittelpunkt der politischen Agenda der EU zu stellen.

Wir haben gemeinsame Ziele: Wir wollen in einer zunehmend digitalisierten Gesellschaft nachhaltig Wohlstand und Wohlergehen für alle sichern, Klimaneutralität erreichen, die biologische Vielfalt erhalten und die Folgen des demografischen Wandels angehen. Eine solche Transformationsagenda erfordert politische Führung und eine gemeinsame, sämtliche Ebenen umfassende und unter diesen abgestimmte Vision. Der Grüne Deal und die Digitale Agenda müssen auch weiterhin der Kompass der EU sein. Ihre Ausgestaltung und Umsetzung erfordern jedoch eine stärkere Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten, denn die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften haben tagtäglich in der Praxis damit zu kämpfen und tätigen nahezu die Hälfte der öffentlichen Investitionen in den EU-Mitgliedstaaten. Ihre Mitwirkung ist entscheidend für den Erfolg des grünen und des digitalen Wandels.

Die Kohäsionspolitik ist das, was Europa zusammenhält. Sie vermag es, alle zu mobilisieren und auf einem Weg mitzunehmen, der zu einer besseren Lebensqualität für alle führt. Dabei soll niemand zurückgelassen werden, egal wo er oder sie lebt und geboren ist. Wir sind von ihrem unverzichtbaren Mehrwert überzeugt, weil sie unter anderem dazu beiträgt, das Risiko einer Vertiefung der territorialen und sozialen Kluft in den EU Mitgliedstaaten und zwischen ihnen zu mindern.

Wir fordern daher, dass die Kohäsionspolitik eine tragende Säule des EU-Entwicklungsmodells und die zentrale langfristige, dezentralisierte Investitionspolitik im Mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Zeit nach 2027 bleibt. Gleichzeitig sollte die Kohäsionspolitik ausreichend flexibel sein, damit auf unvorhergesehene Entwicklungen reagiert werden kann.

Um aktuelle und künftige Herausforderungen gut zu bewältigen, sprechen wir uns für eine erneuerte Kohäsionspolitik für die Zeit nach 2027 aus, die auf folgenden Grundsätzen beruht:

- 1) Eine Politik für alle Regionen, Städte und Gemeinden. Alle Gebiete sind wichtig, unabhängig davon, ob sie in reicheren oder ärmeren Ländern liegen.** Dies ist immer noch eine unabdingbare Voraussetzung für einen reibungslos funktionierenden Binnenmarkt für alle Europäerinnen und Europäer. Es ist von größter Bedeutung, dass die EU geeint bleibt und gleichzeitig ihre weltweite Führungsrolle und ihre Wettbewerbsfähigkeit stärkt. Die Kohäsionspolitik sollte die wichtigste EU-Politik sein, bei der die Bereitstellung ressourceneffizienter öffentlicher Dienstleistungen auf lokaler und regionaler Ebene im Mittelpunkt steht und über die lokale öffentliche Investitionen zum Nutzen aller gefördert werden.
- 2) Eine Politik, die dazu beiträgt, den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt in der neuen Industriepolitik des Grünen Deals und der strategischen Autonomie der EU zu verankern.** Mehr denn je muss die EU etwas gegen den Entwicklungsrückstand unternehmen, in den viele Gebiete in allen Teilen Europas geraten sind. Eine erneuerte Kohäsionspolitik sollte als ein kraftvolles Instrument konzipiert werden, das das wirtschaftliche Potenzial jedes einzelnen Teils der EU freisetzt und ortsbezogene Innovationen im weitesten Sinne fördert.

- 3) **Eine Politik, die einen „gerechten Übergang“ als übergeordnetes Ziel hat: Die Transformation hin zur Klimaneutralität wird Auswirkungen auf jedes einzelne Gebiet ungeachtet seiner Merkmale haben. Ohne den richtigen Gestaltungsansatz könnte dies regionale Ungleichgewichte vergrößern und soziale Ungleichheiten zur Folge haben.** Alle Gebiete haben unterschiedliche Stärken, Potenziale und Verwaltungskapazitäten, um diesen Wandel zu bewältigen. Einige sind weniger robust als andere. Wir müssen denjenigen Regionen besondere Aufmerksamkeit widmen, die in hohem Maße von energieintensiven Industrien abhängig sind. Dabei ist jedoch klar, dass jede Art von Industrie einen ökologischen Fußabdruck hinterlässt. Wir fordern eine erneuerte Kohäsionspolitik für die Zeit nach 2027, die maßgeschneiderte Lösungen unterstützt, auf den Grundsätzen des „gerechten Übergangs“ beruht und für jede Region in jedem Teil Europas zugänglich ist.
- 4) **Eine Politik, die auf ortsbezogene Lösungen setzt: Die Diversität ihrer Gebiete ist ein Trumpf für die EU.** Von Gebieten mit geringer Bevölkerungsdichte bis hin zu Gebieten mit schweren, dauerhaften oder natürlichen Nachteilen, von Städten und Metropolregionen bis hin zu ländlichen Gebieten, von Rand-, Insel-, Küsten-, Grenz-, Berggebieten und Regionen in äußerster Randlage bis hin zu Regionen im Zentrum – alle stehen vor den Herausforderungen der parallelen grünen und digitalen Transformation und des demografischen Wandels. Es gibt keine Lösung, die für alle passt. Eine gut durchdachte Kohäsionspolitik muss flexibel genug sein, damit die lokale Ebene in einem stabilen und vorhersehbaren Rahmen Strategien entwickeln kann, die auf das jeweilige Gebiet zugeschnitten sind und zugleich zur Verwirklichung der allgemeinen politischen Ziele der EU beitragen. Territoriale Instrumente wie die von der örtlichen Bevölkerung betriebene lokale Entwicklung (CLLD) und integrierte territoriale Investitionen (ITI) sind unverzichtbare Verfahren für die Entwicklung solcher inklusiver, ortsbezogener Maßnahmen.
- 5) **Eine Politik, die sich auf bewährte Grundsätze stützt: geteilte Mittelverwaltung, engere Partnerschaft mit allen Teilen der Gesellschaft, Multi-Level-Governance beruhend auf einem echten Dialog zwischen lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene.** Wir fordern Schritte, um die derzeitige Fragmentierung der kohäsionspolitischen Förderinstrumente zu überwinden und einen stärkeren gemeinsamen Rahmen zu schaffen, der auf Synergien und Komplementaritäten der Fonds mit geteilter Mittelverwaltung beruht.
- 6) **Eine Politik, die auf einer neuen Kultur des Vertrauens zwischen den verschiedenen institutionellen Ebenen der EU beruht.** Ein solcher neuer Ansatz würde der EU zu einem positiveren Image verhelfen. Die Europäische Kommission sollte eine umfassende Konsultation und eine Bewertung der seit den 1990er Jahren ergriffenen Vereinfachungsmaßnahmen einleiten, einschließlich eines Vergleichs mit anderen EU-Programmen. Die Kohäsionspolitik sollte im Hinblick auf ihre tatsächlichen Auswirkungen auf das Leben der Europäerinnen und Europäer bewertet werden. Das Tempo, mit dem die Mittel ausgezahlt werden, ist kein Maßstab.
- 7) **Eine Politik, die die territoriale Zusammenarbeit stärkt und Innovation und Demokratie vor Ort unterstützt.** Die Kohäsionspolitik hat den herausragenden Wert, der ihr bei der Unterstützung der grenzübergreifenden, interregionalen und transnationalen Zusammenarbeit und der makroregionalen Strategien, die den Menschen konkrete Verbesserungen in ihrem Alltag bringen, unter Beweis gestellt. Partnerschaften für regionale Innovation und Strategien für intelligente Spezialisierung bieten Möglichkeiten zur Förderung eines inklusiven sozioökonomischen Wandels auf lokaler und regionaler Ebene.
- 8) **Der Grundsatz „Dem Zusammenhalt nicht schaden“ bedeutet, dass alle politischen Maßnahmen der EU darauf ausgerichtet sein müssen, den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt zu stärken.** Die EU-Organe sollten sicherstellen, dass alle Programme und Maßnahmen von der Konzeption bis zur Umsetzung aufeinander abgestimmt sind und die je nach Gebiet möglicherweise unterschiedlichen Auswirkungen berücksichtigt werden. Gleichzeitig ist der Verwaltungsaufwand zu verringern.

Wir laden die Öffentlichkeit, Gewerkschaften, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft ein, sich an unseren Bemühungen um ein gerechtes Europa, in dem niemand zurückgelassen wird, zu beteiligen.

Aufruf an!

